

Presseinformation

26. März 2003

NÖ noch kinderfreundlicher, sozialer, konsumentensicherer **Kranzl: Kindergärten auch am Nachmittag kostenlos anbieten**

Sie möchte Niederösterreich noch kinderfreundlicher, sozialer und konsumentensicherer gestalten, sagte Landesrätin Christa Kranzl gestern bei einer Pressekonferenz im Landhaus in St. Pölten. Derzeit gebe es in 82 Kindergärten in Niederösterreich altersgemischte Gruppen. Das sei noch immer viel zu wenig, meinte Kranzl. Sie wünsche auch, dass in den Kindergärten Integrationsgruppen verstärkt geführt werden. Das sei sowohl für die Kinder mit besonderen Bedürfnissen als auch für jene, die eine andere Muttersprache hätten, sehr wichtig. Sie fordere zudem Bewegungsräume für eingruppige Kindergärten. Die Kinder hätten dort genauso viel Bewegungsdrang wie in zwei- oder mehrgruppigen Kindergärten. Zudem sollten die Mitteln für den NÖ Schul- und Kindergartenfonds aufgestockt werden. Ein weiteres Ziel sei, den Kindergarten nicht nur am Vormittag, sondern auch am Nachmittag kostenlos anbieten zu können. Von den 1.030 Kindergärten in Niederösterreich seien derzeit über 90 Prozent an Nachmittagen geschlossen.

Noch nie waren so viele Niederösterreicher in der Schuldnerberatung (über 7.000 Menschen) wie im Vorjahr, begründete Kranzl die Forderung, dass Niederösterreich noch sozialer werden müsse. Die Arbeitslosigkeit – immerhin seien derzeit 52.000 Menschen in Niederösterreich arbeitslos – müsse effektiver als bisher bekämpft werden. Für junge Leute wäre zum Beispiel die Forderung nach dem Lehrlingsausbildungsfonds aufzugreifen. Immerhin gebe es jetzt die Chance, durch die Einführung von Sozial-Info-Points in den Gemeinden Hilfsbedürftige aus der Situation eines Bittstellers herauszuführen und sie auf rechtlich zustehende Möglichkeiten hinzuweisen. Sie freue sich jedenfalls, dass sie jetzt den ersten Sozial-Info-Point in Amstetten eröffnen konnte.

Niederösterreich müsse schließlich konsumentensicherer werden. Der Konsumentenschutz, so Kranzl, müsse weiter ausgebaut werden. Immerhin hätte sie für das Jahr 2003 eine Verdoppelung der Landesbudgetmittel auf 72.000 Euro erreicht. Sie fordert z.B. das Verbot einer Mithaftung von einkommens- und vermögenslosen Ehefrauen. Viele Frauen stünden nach einer Scheidung mit einem gewaltigen Schuldenberg da.



Presseinformation